

ZUR SACHE

## Familien stehen im Mittelpunkt



[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



# Inhalt

Vorwort	3
<b>Der Ausgangspunkt für unser familienpolitisches Handeln</b>	<b>8</b>
Deutschland braucht Nachwuchs	9
Von europäischen Nachbarn lernen	13
Das Familienmodell hat sich geändert	15
Mütter wollen Beruf und Familie	17
Kinderbetreuung ausbauen	22
Bildung von Anfang an	24
Neue Akzente setzen	25
<b>Geld für einen guten Start</b>	<b>26</b>
Das Elterngeld – Sozial gerecht und ausgewogen	29
Der Geschwisterbonus	30
Wir haben uns durchgesetzt	33

---

<b>Mehr Betreuungsplätze für Kinder</b>	34
Über 20.000 neue Betreuungsplätze	37
<b>Den ganzen Tag gemeinsam Lernen und Spaß haben</b>	41
5.800 neue Ganztagschulen	43
<b>Familienfreundlichkeit gewinnt</b>	44
327 lokale Bündnisse für Familien	47
<b>Kinder brauchen Zeit</b>	49
<b>Mehr Geld für Familien</b>	52
<b>Das Kind steht im Mittelpunkt</b>	57
<b>Familien beleben Arbeitsmarkt und Wirtschaft</b>	59
<b>Wir bleiben am Ball</b>	62

---

# Vorwort



Nicolette Kressl

Familienpolitik hat für uns einen hohen Stellenwert. Denn ihre moderne und sozial gerechte Ausgestaltung bestimmt die zukünftige Entwicklung unseres Landes entscheidend mit. Wir haben uns viel vorgenommen, denn wir wollen eines der familienfreundlichsten Länder Europas werden und das, obwohl uns momentan andere europäische Staaten noch Einiges voraus haben.

---

Vor allem in der vergangenen Legislaturperiode haben wir der Familienpolitik eine andere Richtung gegeben. Für die damalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt stand fest: individuelle Zahlungen allein sind keine wirkungsvolle und nachhaltige Familienpolitik. Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz für Kinder unter drei Jahren haben wir eine wichtige Grundlage zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Auch Edelgard Bulmahn hat als Bildungsministerin in diesem Sinne mit dem Investitionsprogramm zur Förderung von Ganztagschulen einen zentralen Beitrag geleistet. Kurz, für uns besteht eine moderne und sozialgerechte Familienpolitik aus einem Mix aus Infrastruktur, Zeit und Geld.

---

Den von uns eingeschlagenen Weg setzen wir auch in der Großen Koalition fort und kämpfen, wenn es darauf ankommt, auch hart dafür. Das haben zum Beispiel die Auseinandersetzung um das Elterngeld und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten gezeigt. In der Union ist das Bild der Alleinverdienerfamilie mit Trauschein noch weit verbreitet. Wir dagegen sagen: Familie ist da, wo Kinder sind.

Wir wollen wieder Mut machen, Familien zu gründen und wir wollen das Armutsrisiko für Familien senken. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und sich Väter genauso an der Familienarbeit beteiligen können wie Mütter. Wir arbeiten daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird. Wir unterstützen Familien gezielt finanziell und verbessern die Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von klein auf. Dazu sind das Elterngeld, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganz-

---

---

tagsschulen, die flexible Elternzeit, das Recht auf Teilzeit, die steuerliche Begünstigung von Familien, das erhöhte Kindergeld, der Kinderzuschlag, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die „Allianz für Familie“, die „Lokalen Bündnisse für Familie“ und die fortschreitende Gleichstellung von Mann und Frau wichtige Bausteine.

Erste Erfolge der durch uns gestalteten nachhaltigen Familienpolitik zeichnen sich bereits ab. Darüber freuen wir uns und sind auch ein bisschen stolz. Denn auch, wenn wir nicht mehr die Ministerin stellen, ist und bleibt es unser Erfolg. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD stellt das Gesamtsystem der staatlichen Leistungen für Familien auf den Prüfstand. Darüber hinaus bereitet sie Vorschläge für eine effizientere Gestaltung des Systems sowie für Umschichtungs-

---

---

möglichkeiten von direkten Geldtransfers hin zu Verbesserungen der Kinderbetreuungsinfrastruktur vor. Ende des Jahres wird die Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorstellen.



Nicolette Kressl, MdB  
*Stellvertretende Vorsitzende  
der SPD-Bundestagsfraktion*

# 1 Der Ausgangspunkt für unser familienpolitisches Handeln

Kinder bedeuten eine Bereicherung für das Leben und Kinder sichern die Zukunft unseres Landes. Kinder dürfen kein Armutsrisiko bedeuten oder ein Hemmschuh für die berufliche Entwicklung sein. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Entscheidung für Kinder bei Frauen und Männern unterstützen. Denn wenn unsere Gesellschaft immer mehr altert, fehlen ihr in Zukunft die Arbeitskräfte und somit auch die Einzahler in unsere sozialen Sicherungssysteme.

Auch heute gilt in Deutschland noch, dass Frauen und Männer sich mehrheitlich Kinder wünschen. Dabei liegt die Familie mit zwei Kindern noch immer stark im Trend. Dennoch entscheiden sich in Deutschland immer mehr Menschen für ein Leben ohne Kinder. Mehrheitlich sind dies Männer aber auch gut ausgebildete und gut verdienende Frauen.

---

## Deutschland braucht Nachwuchs

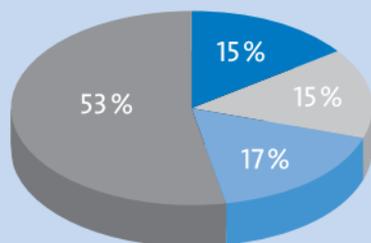
Teilweise wird der Kinderwunsch aus beruflichen Gründen immer wieder aufgeschoben, bis er schließlich gar nicht mehr verfolgt wird. Oder aber es wird wegen unsicherer Jobs und Arbeitslosigkeit auf Kinder verzichtet.



## Kinderwunsch bei Frauen und Männern

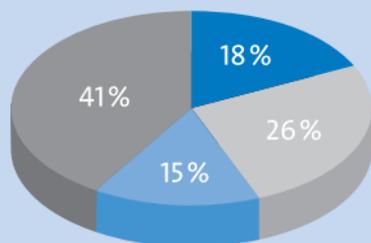
im Jahr 2003

### Frauen



- drei oder mehr Kinder
- keine Kinder
- ein Kind
- zwei Kinder

### Männer



- drei oder mehr Kinder
- keine Kinder
- ein Kind
- zwei Kinder

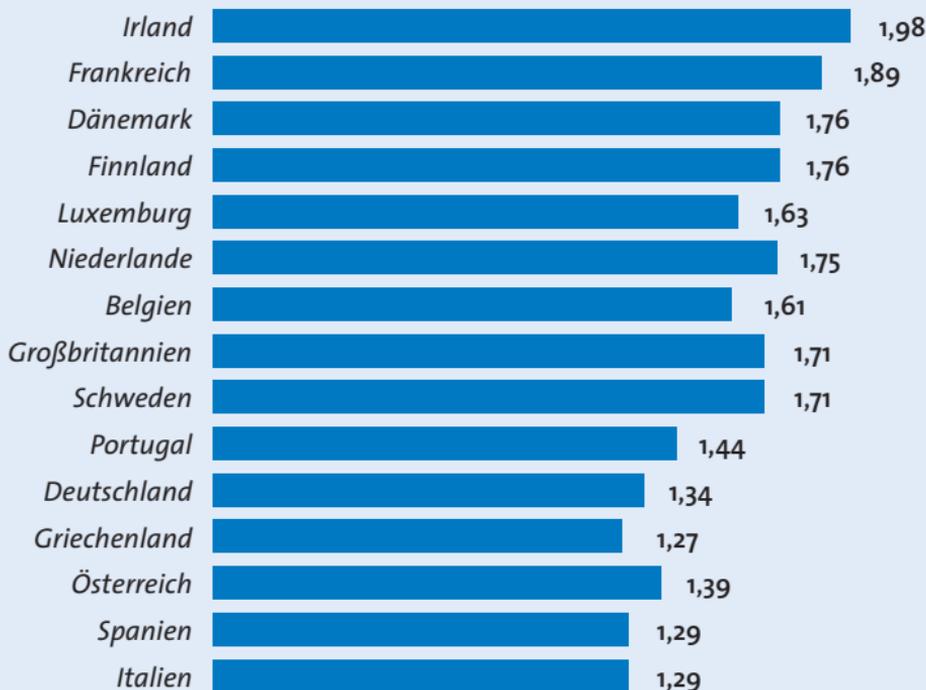
Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

---

Seit 1972 geht die Zahl der Geburten in Deutschland kontinuierlich zurück und auch die Entwicklung in den neuen Bundesländern hat sich diesem Trend angepasst. Im internationalen Vergleich steht Deutschland deutlich schlechter da als andere europäische Länder. Betrug die Geburtenrate in Deutschland 2003 geschätzte 1,34 Kinder pro Frau, so waren es 1,98 bei den Iren, 1,89 bei den Franzosen, 1,76 bei den Dänen und Finnen und 1,71 Kinder bei den Schweden.

## Geburtenrate

in 2003



Quelle Eurostat 2003

---

## Von europäischen Nachbarn lernen

In Frankreich und in den skandinavischen Ländern wird es Männern und Frauen seit langem leichter gemacht, sich für ein Kind zu entscheiden. Zum einen stehen ein ausreichendes Betreuungsangebot und Ganztagschulen für Kinder zur Verfügung und zum anderen ist wie in Schweden die Gleichstellung von Mann und Frau wesentlich weiter voran geschritten. Außerdem gibt es dort eine wirkungsvollere finanzielle Unterstützung während Unterbrechungszeiten für erwerbstätige Elternteile über einen begrenzten Zeitraum hinweg.

Internationale Vergleiche zeigen, dass eine gut ausgebaute Kinderbetreuung gut für die Kinder im Sinne einer frühen Förderung ist. Außerdem ist sie ein wirksames Mittel gegen Familienarmut und für die Steigerung der Geburtenrate.

---

# 1

In skandinavischen Ländern ist Elterngeld seit Jahren ein erfolgreiches Instrument der Familienförderung. In Schweden wird Eltern für insgesamt 480 Tage ein Elterngeld gewährt. 360 Tage davon wird ein Anteil von 80 Prozent des früheren Lohns ausbezahlt. Zusätzlich dürfen die Elternteile ihre Arbeitszeit um bis zu zwei Stunden täglich verkürzen, bis das Kind acht Jahre alt ist, allerdings ohne Lohnausgleich. Die Erhöhung der Geburtenrate in Schweden wird auch auf diese Praxis zurückgeführt. Auch die Familienarmut wurde durch die Ausbezahlung von Elterngeld gesenkt. In Norwegen haben Eltern Anspruch auf Elterngeld für ein Jahr in Höhe von 80 Prozent des früheren Lohns oder alternativ für 42 Wochen zu 100 Prozent. In Finnland wird Elterngeld für neun Monate und in Dänemark für mindestens sechs Monate ausbezahlt.

---

## Das Familienmodell hat sich geändert

In der früheren DDR stand ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder mit flexiblen Öffnungszeiten zur Verfügung. Die Berufstätigkeit von Müttern wurde massiv gefördert und war üblich. Die Geburtenrate lag deutlich über der in Westdeutschland.

In den alten Ländern der Bundesrepublik wurden die zahlreichen Leistungen zur Familienförderung zu wenig auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin ausgerichtet. Viel zu lange prägte in Westdeutschland die Alleinverdienerfamilie, in der die Mutter die Betreuung und Erziehung der Kinder übernahm, das Bild. Eine berufstätige Frau, die ihre Kinder einer Betreuungseinrichtung anvertraute galt und gilt zum Teil noch immer als „Rabenmutter“. Auch die Förderung von Familien war viel zu stark auf dieses Familienmodell ausgerichtet.

---

Dabei sieht die Realität in unserer Gesellschaft ganz anders aus. Vor allem die Anzahl der Alleinerziehenden ist enorm angestiegen, ebenso wie die der unverheirateten Paare, die gemeinsam ein Kind erziehen. Erst vor wenigen Jahren wurden die sogenannten Patchwork-Familien, in denen Eltern mit Kindern aus früheren Verbindungen sowie teilweise mit gemeinsamen Kindern zusammenleben, öffentlich wahrgenommen. Außerdem ist seit den 70er Jahren der Anteil der erwerbstätigen Frauen kontinuierlich angestiegen. Heute sind etwa 74 Prozent der Frauen ohne Kinder im Alter zwischen 25 und 49 Jahren berufstätig.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Quelle: R. Renz und B. Eggen, Frauen in Europa: Job? Kinder? Oder Beides?  
In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2004, S. 11 ff

---

## Mütter wollen Beruf und Familie

Im März 2004 betrug die Erwerbstätigenquote der aktiv erwerbstätigen Mütter 61 Prozent, während sie für Väter mit 85 Prozent deutlich höher lag. Unverkennbar ist dennoch, dass sich ein kontinuierlicher Anstieg der Erwerbstätigenquote von Müttern in den letzten 30 Jahren vollzogen hat. Im Jahr 2004 waren gut zwei Drittel der Mütter mit Kindern zwischen vier und elf Jahren erwerbstätig.<sup>2</sup>

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern hängt deutlich mit der Anzahl der Kinder und ihrem Alter zusammen. Außerdem besteht mit Blick auf die Kleinkinder unter vier Jahren ein großer Unterschied hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen den alten und den neuen Bundesländern (s. Grafik auf Seite 18).

---

<sup>2</sup> Quelle: Im Blickpunkt – Frauen in Deutschland 2006.  
Hrsg.: Statistisches Bundesamt

## Mütter mit Kindern (im Haushalt) nach Erwerbsbeteiligung im Jahr 2004 in Prozent

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	Unter 4 Jahren	4–11 Jahre	12–16 Jahre	Unter 4 Jahren	4–11 Jahre	12–16 Jahre
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig (nicht in Mutterschutz oder Elternzeit)	19	67	72	33	67	74
In Mutterschutz oder Elternzeit	59	2	1	60	1	—
Davon:						
mit geringfügiger Beschäftigung	9	—	—	—	—	—
mit sonstiger Beschäftigung	8	—	—	—	—	—
ohne aktuelle Beschäftigung	42	—	—	47	—	—
Arbeitslos gemeldet*	2	8	7	—	27	19
Stille Reserve:						
stark arbeitsmarktorientiert	4	7	6	—	—	—
Stille Reserve:						
gemäßigt arbeitsmarktorientiert	6	4	3	—	—	—
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe	10	12	12	—	—	—

Grafik: Datenreport 2006. Statistisches Bundesamt

Alle Angaben sind gewichtet.

\* Nichterwerbstätige, die angeben arbeitslos zu sein.

Datenbasis: SOEP 2004

---

Nur noch 5 Prozent der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg befragten Frauen äußerten den Wunsch „Ich möchte auf Dauer Hausfrau sein.“ Jede zweite Frau bewertet Beruf und Familie als gleich wichtige Lebensbereiche (Emnid 2002). Erwerbstätig zu sein, bedeutet den meisten Frauen mehr als nur eine finanzielle Entlohnung. 58 Prozent der Frauen sehen darin eine berufliche Verwirklichung und für 84 Prozent bedeutet es persönliche Unabhängigkeit (ISSP 2002)<sup>3</sup>.

Der starke Wunsch nach einer Berufstätigkeit von Müttern wird auch durch die Daten der Forsa-Umfrage von 2006 unter 1000 Müttern mit Kindern gestützt. 88 Prozent der Mütter von Kindern unter 9 Jahren, die gegenwärtig nicht berufstätig sind, finden es sehr wichtig bzw. wichtig, neben der Erziehungsarbeit auch beruflich tätig zu sein. Ebenso sehen es 80 Prozent der Mütter von Kindern unter 3 Jahren.<sup>4</sup> Die Mehrheit der jungen Frauen wünscht sich eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf

---

3 Quelle: Monitor Familienforschung (Nr. 4)

4 Quelle: forsa-Umfrage „Familie und Beruf“, Januar 2006

---

und sie wollen mehrheitlich, dass sich ihr Partner stärker in die Familienarbeit einbringt. Auch 56 Prozent der Männer mit Kinderwunsch würden gern ein Jahr Elternzeit nehmen, um ihrer Vaterrolle intensiver nachgehen zu können. Diesem gesellschaftlichen Wandel hat die konservativ-liberale Regierung von 1982 bis 1998 nicht Rechnung getragen.

In den alten Bundesländern gibt es daher zu wenig Kinderbetreuungsplätze und dies vor allem in ländlicheren Regionen. Aber auch in vorhandenen Einrichtungen sind die Öffnungszeiten nicht auf berufstätige Eltern zugeschnitten, vor allem Vollzeitplätze sind Mangelware und die Öffnungszeiten zu wenig flexibel. Auch die Unterrichts- und Betreuungszeiten an den Schulen kommen berufstätigen Eltern nicht entgegen. Vor allem Alleinerziehende mit kleinen Kindern sind häufig wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Arbeits-

---

---

bedingungen, die nicht familiengerecht sind, nicht erwerbstätig. Dadurch geraten sie und ihre Kinder häufig in die Armutsfalle, denn der Wiedereinstieg in den Beruf gestaltet sich schwierig und gelingt meist gar nicht mehr.

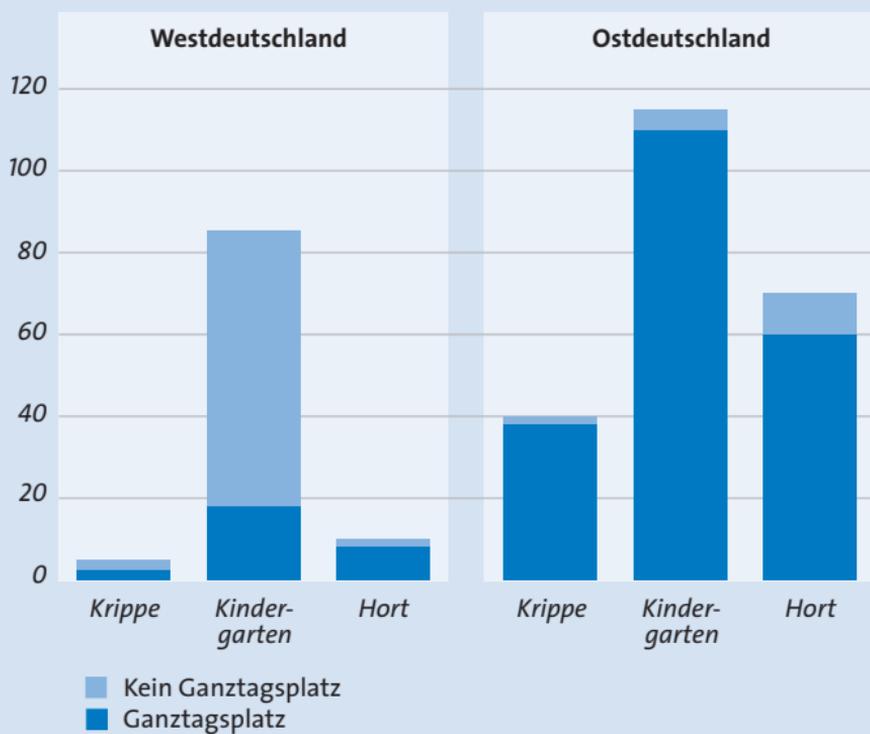


## Kinderbetreuung ausbauen

Die Zahlen von 2002 machen deutlich, vor allem das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in den alten Bundesländern muss ausgebaut werden. Dafür haben wir mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz einen Grundstein gelegt, erste Erfolge zeichnen sich wie auf Seite 34 dargestellt bereits ab. Um eine bessere Betreuung für Schulkinder am Nachmittag zu erreichen, haben wir die Bereitstellung von Bundesmitteln in Höhe von 4 Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen durch die rot-grüne Bundesregierung möglich gemacht.

---

## Betreuungsplätze je 100 Kinder in 2002



Quelle Statistisches Bundesamt

## Bildung von Anfang an

Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen erleichtern aber nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie verbessern auch die Bildungschancen von Kindern. Denn auch hier hat sich gezeigt, dass die Bildungsmöglichkeiten und -abschlüsse von Kindern in Deutschland stärker als in anderen europäischen Ländern von der sozialen Herkunft abhängig sind.

Ein Kind aus einer Arbeiterfamilie hat in Deutschland sechsmal schlechtere Chancen, das Abitur zu erlangen als ein Kind mit akademischem Hintergrund. In Bayern sind die Chancen sogar zehnmal schlechter. Deshalb sind qualitativ gute und quantitativ ausreichende Kindertagesstätten und Ganztagschulen notwendige Förderungsmöglichkeit für Kinder. Dies bestätigen die internationalen Vergleiche der OECD. Deutschland hat bei den letzten Schulleistungsvergleichen

---

schlecht abgeschnitten. Der internationale Vergleich bei der ersten und der zweiten PISA-Studie hat die strukturellen Schwächen des deutschen Bildungssystems aufgedeckt.

### **Neue Akzente setzen**

Wir haben uns die Situation von Familien und Kindern genau angesehen und dabei auch über den Tellerrand geguckt, um von Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht wurden, zu profitieren. Wir haben seit 1998 die Familienpolitik in Deutschland auf neue Füße gestellt und sie den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Auch in der Großen Koalition setzen wir diesen Prozess fort.

## 2 Geld für einen guten Start

Mit dem Elterngeld, das zum 1. 1. 2007 das bisherige Erziehungsgeld ablöst, fördern wir Familien in den ersten 12 bzw. 14 Monaten nach der Geburt. Gerade während ihrer ersten Lebensmonate benötigen Kinder besonders intensive Betreuung. Wir möchten ermöglichen, dass Eltern sich diese Zeit ohne finanzielle Sorgen nehmen und danach wieder in ihren Beruf zurückkehren können.

Es hat sich gezeigt, dass finanzielle Einbußen durch den beruflichen Ausstieg bzw. die Reduzierung auf Teilzeittätigkeit eines Partners oder durch den Wegfall des Einkommens bei Alleinerziehenden während der ersten Monate nach der Geburt die Entscheidung für ein Kind erschweren.

Das Elterngeld ersetzt das durch die Kinderbetreuung entfallende Einkommen des Partners oder der / des Alleinerziehenden in Höhe von 67 Prozent. Die Dauer der Zahlung

---

beträgt mindestens 12 Monate und für Alleinerziehende, die das alleinige Sorgerecht – zumindest aber das alleinige Aufenthaltsbestimmungsrecht – haben, 14 Monate. Widmet der/die andere Partner/in sich zusätzlich 2 Monate der Betreuung des Kindes, verlängert sich auch für Paare die Zahldauer auf 14 Monate.

Damit wollen wir gerade auch Vätern einen Anreiz geben, sich partnerschaftlich an der Umsorgung des Kindes zu beteiligen. Dabei ist es übrigens vollkommen egal, ob die Paare verheiratet sind oder ohne Trauschein gemeinsam ein Kind großziehen. Das ist ein moderner Ansatz, denn bisher haben Väter kaum von der Elternzeit Gebrauch gemacht, da sie in der Regel über das höhere Einkommen verfügen. Es wird den Männern dadurch auch erleichtert, den Anspruch auf bezahlte Elternzeit beim Arbeitgeber tatsächlich durchzusetzen. Frauen gewinnen in dieser Zeit die Möglichkeit, ihren Wiedereinstieg in die Berufs-

---

## 2

---

tätigkeit vorzubereiten. Durch die Einkommensersatzleistung gewinnen Eltern mehr Wahlfreiheit hinsichtlich ihrer Elternrolle und es gibt eine Alternative zur traditionellen Rollenaufteilung. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung von Frau und Mann. Davon werden auch die Kinder profitieren. Denn Kinder brauchen Mutter und Vater gleichermaßen.

Auch wenn nach der Geburt die Erwerbstätigkeit in Teilzeit wieder aufgenommen wird, wird Elterngeld gezahlt. Dabei darf die Teilzeittätigkeit 30 Stunden pro Woche jedoch nicht übersteigen. Das Elterngeld beträgt dann mindestens 67 Prozent des entfallenden Teileinkommens.



## Das Elterngeld – Sozial gerecht und ausgewogen

Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdienerelternpaaren als auch ALG-II-Bezieher/innen 12 Monate lang gewährt. Dieser Sockelbetrag wird nicht auf ALG II angerechnet. Auch Studierende können diesen Sockelbetrag beziehen. Für Spitzenverdiener ist die Einkommensersatzleistung auf maximal 1.800 Euro monatlich begrenzt.

Für Geringverdiener/innen mit einem Einkommen unterhalb von 1.000 Euro erhöht sich der Prozentsatz des Einkommensersatzes schrittweise von 67 auf bis zu 100 Prozent. Für je 20 Euro, die das Einkommen unter 1.000 Euro liegt, steigt das Elterngeld um einen Prozentpunkt. Das heißt bei einem Einkommen von 800 Euro würden 77 Prozent ersetzt werden, also 616 Euro. Das ist sozial gerecht und ausgewogen.

## Der Geschwisterbonus

In Familien, in denen neben dem neugeborenen Kind mindestens ein Geschwisterkind unter 3 Jahren oder zwei Geschwisterkinder unter sechs Jahren leben, wird das Elterngeld nach dem sogenannten Geschwisterbonus gesondert berechnet. Das Elterngeld für das jüngste Kind wird um zehn Prozent und mindestens um 75 Euro erhöht. Dadurch erhöht sich der Leistungssatz des Elterngeldes auf 73,7 Prozent des zuvor bezogenen Einkommens. Bei sehr kurzen Geburtenfolgen wird so ein höheres Elterngeld bezahlt als bei größeren Abständen und im Falle der Nichterwerbstätigkeit. Bei der Berechnung des neuen Elterngeldes wird das Einkommen während der 12 Monate vor der Geburt des weiteren Kindes betrachtet, wobei die Zeit des Elterngeldes für das erste Kind außer Betracht bleibt.

Der Festbetrag von 75 Euro sichert, dass in jedem Fall die Mehrkindfamilie bei der Elterngeldberechnung besser gestellt und das Mindestelterngeld auf 375 Euro erhöht wird. Auch bei niedrigerem Nettoeinkommen bis 1.170 Euro monatlich bewirkt der feste Aufstockungsbetrag von 75 Euro, dass das Elterngeld überproportional erhöht wird. Damit wird dem Anliegen Rechnung getragen, ein niedriges Teilzeiteinkommen, das häufig durch die Betreuung der älteren Kinder bedingt ist, deutlich aufzustocken.

Bei Mehrlingsgeburten wird das Elterngeld um 300 Euro für jedes weitere Kind erhöht.



## Beispielrechnung

Nettoeinkommen der Mutter vor der ersten Geburt:	1.400 Euro
Nettoeinkommen des Vaters:	<u>2.700 Euro</u>
Gesamteinkommen:	4.100 Euro

Elterngeld der Mutter nach der Geburt des ersten Kindes:	938 Euro
Nettoeinkommen des Vaters:	2.700 Euro
Kindergeld	<u>154 Euro</u>
Gesamteinkommen:	3.792 Euro

Das zweite Kind kommt im 15. Lebensmonat des ersten zur Welt.

Neues Elterngeld der Mutter:	1.031 Euro*
Nettoeinkommen Vater:	2.700 Euro
Kindergeld:	<u>308 Euro</u>
Gesamteinkommen:	4.039 Euro

\* In den 12 Monaten vor Beginn des Mutterschutzes liegen 12 Monate Elternzeit. Deshalb wird auf die 12 Monate vor der Geburt des ersten Kindes zurückgegriffen. Auf die 67 Prozent des Erwerbseinkommens werden für das zweite Kind 10 Prozent des Elterngeldes als Bonus hinzu gerechnet

---

## Wir haben uns durchgesetzt

Das Elterngeld beruht auf einem Konzept unserer früheren Familienministerin Renate Schmidt. Auch wenn die Union noch vor einigen Monaten davon nichts wissen wollte, ist es uns gelungen, dieses Instrument einer modernen und nachhaltigen Familienpolitik durchzusetzen. Vor allem als es um die Partnermonate ging, wurde deutlich, dass die Union ein anderes, ein traditionelles Familienbild hat. Auch die Nichtanrechenbarkeit des Elterngeldes auf ALG II war und ist ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion gewesen, das wir in den Verhandlungen festgeschrieben haben.

Für mehr Informationen zum Elterngeld kann unser Faltblatt „Moderne Familienpolitik – Das Elterngeld fördert Familien“ angefordert werden.

## 3 Mehr Betreuungsplätze für Kinder

Die Rückkehr in den Beruf oder auch das Finden einer neuen Stelle nach der Erwerbslosigkeit nach 12 bzw. 14 Monaten kann natürlich nur gelingen, wenn danach die benötigten Kinderbetreuungsplätze auch wirklich zur Verfügung stehen.

Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für Kinder unter drei Jahren, das am 1. 1. 2005 in Kraft getreten ist, haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland die Angebote zur Kinderbetreuung endlich in ausreichender Zahl und in guter Qualität ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2010 werden in Deutschland 230.000 Kinder mehr in Kindertageseinrichtungen oder von Tagesmüttern und -vätern betreut. Die Kommunen werden vom Bund jährlich um 1,5 Milliarden Euro für diese Aufgabe entlastet.

---

Vor allem in den alten Bundesländern ist ein flexibler und bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung bis 2010 ohne Tagesmütter oder -väter nicht realisierbar. Deshalb sollen gut 30 Prozent der neu entstehenden 230.000 Plätze für die unter Dreijährigen durch Tagespflegestellen gedeckt werden. Etwa 40.000 öffentlich geförderte Tagesmütter oder -väter werden in Westdeutschland gebraucht.

Bisher war die öffentlich finanzierte Kindertagespflege als Element qualitätsorientierter Förderung von Kindern in der Mehrzahl der Länder überhaupt nicht Gegenstand einer gesetzlichen Regelung. Wir haben die Tagespflege im Tagesbetreuungs- ausbaugesetz gesetzlich verankert. Bei den durch die Jugendämter vermittelten Tagespflegepersonen ist nunmehr sichergestellt, dass diese auf ihre Eignung geprüft und fachlich fortlaufend beraten werden. Tagespflege ist ein flexibles Angebot, auf das vor allem Eltern mit kleinen Kindern gern zurückgreifen.

---

# 3

In erster Linie wollen wir auch die Alleinerziehenden durch den Ausbau der Betreuungskapazitäten unterstützen. Sie stellen mit rund 340.000 einen großen Anteil an den derzeit sozialhilfebedürftigen Haushalten. Deshalb soll ihnen im Rahmen des SGB II durch die Bundesagentur für Arbeit zu einem Betreuungsplatz für ihre Kinder verholfen werden, damit sie eine Arbeit aufnehmen können. Hier kommt der Tagespflege eine besondere Bedeutung zu. Der Aufbau von Tagespflegenetzen kann schneller gelingen als der Ausbau institutioneller Betreuung in Tagesstätten oder Krippen. Die Bundesregierung fördert die Ausbildung von Tageseltern. Dafür stehen ihr aus dem europäischen Sozialfonds Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung.



---

## Über 20.000 neue Betreuungsplätze

Erste Erfolge haben sich bereits in den ersten 10 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gezeigt. Es wurden etwa 21.500 neue Betreuungsplätze für Kinder geschaffen. Gemessen an der Zahl der Kinder ist das Betreuungsangebot seit 2002 bundesweit um 25 Prozent angestiegen. Im Westen hat es sich sogar verdoppelt und im Osten konnte das hohe Niveau gehalten werden. Diese positive Tendenz geht aus einer vom Deutschen Jugendinstitut e.V. erhobenen Stichprobe von 2005 hervor. Doch vor allem in den westdeutschen Kommunen gibt es noch viel zu tun. So stehen dort nur für 9,6 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze zur Verfügung – im Gegensatz zu 39,8 Prozent in den neuen Ländern.

## Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren

### Vergleich Platz-Kind-Relationen

	31.12.2002*	2004/2005**	2005/2006***
Östliche Bundesländer	37,0 %	37,0 %	39,8 %
Westliche Bundesländer (inkl. Berlin)	4,2 %	6,9 %	9,6 %
Deutschland	8,6 %	11,1%	13,7 %

Quellen: \* Amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik (ohne Tagespflege)

\*\* DJI-TAG-Erhebung 2005 (ohne Tagespflege)

\*\*\* DJI-TAG-Erhebung 2005 (mit Tagespflege)

---

Wir haben das Handeln der Kommunen genau im Blick. Bleibt der tatsächliche Ausbau hinter den gesetzlichen Zielen zurück, sieht der Koalitionsvertrag die automatische Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz bereits ab dem zweiten Lebensjahr vor. Aber es geht uns nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Betreuung. Denn wir wollen, dass die Kinder von klein auf bestmöglich gefördert werden.

Kitabeiträge dürfen keine abschreckende Wirkung haben. Deshalb haben wir insbesondere für erwerbstätige Eltern eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten in der Großen Koalition durchgesetzt. Vom ersten Euro an bis hin zu einem Maximalbetrag von 6.000 Euro können Aufwendungen für die Kinderbetreuung zu zwei Dritteln als Werbungskosten abgesetzt werden. Bei Allein-

verdiener-Elternpaaren gilt eine gleich hohe Abzugsmöglichkeit als Sonderausgaben für Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren, also für die Zeit des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz. Diese Entlastung gilt rückwirkend zum 1. Januar 2006.

Gemeinsam mit den Ländern suchen wir nach Wegen, um das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu gestalten. In Rheinland-Pfalz und im Saarland ist dies beispielsweise schon in die Praxis umgesetzt worden. In Berlin gilt diese Regelung ab 1. 1. 2007 und in Zukunft sollen die Gebühren hier ganz entfallen. Rheinland-Pfalz plant bis 2010 schrittweise für alle drei Jahrgänge ganz auf Kitabeiträge zu verzichten.

---

## 4 Den ganzen Tag gemeinsam Lernen und Spaß haben

Die damalige SPD-geführte Regierungskoalition hat mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik gestartet. Der Bund unterstützt die Länder seit 2003 bis 2009 mit insgesamt vier Milliarden Euro beim Auf- und Ausbau des Ganztags schulangebotes. Dieses Programm ist ein wichtiger Impuls für eine grundlegende Erneuerung des Schulsystems in Deutschland.

Ganztags schulen bieten durch ihr Mehr an Zeit bessere Voraussetzungen für die Lösung der zentralen Probleme unseres Schulsystems. Sie ermöglichen eine individuelle Förderung, die auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht. Ganztags schulen leisten auch die bessere Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten. Ganztags schulen helfen schließlich den

# 4

---

Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren und entsprechen damit besser den heutigen Bedürfnissen vieler Eltern. Mit dem Ausbau von Ganztagschulen nähert sich Deutschland den europäischen und internationalen Maßstäben schulischer Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen an.



---

## 5.800 neue Ganztagschulen

Alle 16 Länder erhalten Mittel aus dem Programm, so dass ein flächendeckender Ausbau des Ganztagschulangebots in Gang gesetzt worden ist. Wir gehen davon aus, dass am Ende des Programms über 10.000 neue Ganztagschulen in Deutschland entstanden sein werden. Während des Schuljahrs 2005/2006 ist die Anzahl der Ganztagschulen bereits auf 5.800 gestiegen. Die zum Ausbau von Ganztagschulen eingeplanten Haushaltsmittel in Höhe von 4 Milliarden Euro bleiben bis zum Ende dieser Legislaturperiode abrufbar, dafür haben wir uns in der Koalition eingesetzt. Jetzt sind die Länder aufgefordert, diese Investitionen durch neue pädagogische Konzepte sowie die Bereitstellung zusätzlicher Lehrer und Betreuer nachhaltig mit Leben zu füllen.

## 5 Familienfreundlichkeit gewinnt

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Gestaltung der Arbeitswelt ganz entscheidend. Unter dem Dach der „Allianz für die Familie“ hat die damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmid 2003 – unterstützt durch die Spitzenverbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Wissenschaft – Initiativen gebündelt, damit eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt gelingen kann.

Im Mittelpunkt stehen Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Personalentwicklung und familienunterstützende Dienstleistungen. Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine Unternehmenskultur und eine Gestaltung der Arbeitswelt ein, die für alle Beteiligten Gewinn bringt. Die „Allianz für die Familie“ basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft mehr Kinder braucht, unsere Wirtschaft auf qualifi-

---

zierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist und dass unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen.

Schwerpunkte der „Allianz für die Familie“ sind Verbesserungen der Kinderbetreuung, des Wiedereinstiegs nach der Familienphase und mehr familienfreundliche Maßnahmen in betrieblichen Vereinbarungen. Das Bundesministerium und ihre Partner entwickelten konkrete Handlungsanweisungen für Unternehmen, die sie online zur Verfügung stellten.

Eine familienfreundliche Arbeitswelt liegt im Trend. Dass sich ein Mentalitätswandel vollzieht, zeigte der Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2005“. Die Zahl der Teilnehmer lag mehr als fünf Mal so hoch wie beim letzten Wettbewerb im Jahr 2000. Die Bewerbungen kamen aus allen Regionen und allen Betriebsgrößen.

Und es zeigte sich: die Palette an familienfreundlichen Maßnahmen ist sehr breit. Sie reicht von der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, über Eltern-Kind-Büros und Notfallbetreuung bis zu Kontakt-halteangeboten in der Babypause. Auch das zunehmende Interesse von Unternehmen am „Audit Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, für das die Bundesfamilienministerin die Schirmherrschaft übernommen hat, zeigt, dass immer mehr Unternehmen die Vorteile von Familienfreundlichkeit für sich erkennen.

Auch in der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ engagieren sich Politik und Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften, Kirchen und soziale Einrichtungen für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Dabei geht es z. B. um die erfolgreiche Vermittlung von Tagesmüttern, die Einführung familienfreundlicher Öffnungszeiten, flexible Betreuungsmöglichkeiten oder andere Angebote für Familien.

---

## 327 lokale Bündnisse für Familien

Bestehende oder im Aufbau befindliche lokale Bündnisse können in dem vom Familienministerium eigens eingerichteten Servicecenter umfangreiche Informationen und Materialien erhalten – bis hin zu Vorlagen für offizielle Einladungen und Schreiben. Informationsveranstaltungen für Interessierte runden das Angebot ab.

Waren es im Sommer 2005 rund 200 Bündnisse, die sich der Initiative angeschlossen hatten und über 30 Millionen Menschen repräsentierten, so sind es im August 2006 immerhin bereits 327 aktive Bündnisse. Bis Ende 2006 sollen 500 „Lokale Bündnisse für Familie“ entstanden sein. Die Prognos AG hat mittlerweile in einer Untersuchung den Erfolg der Initiativen bestätigt.

# 5

---

Auch das mittlerweile unionsgeführte Ministerium setzt die durch uns begonnene erfolgreiche Arbeit „Allianz für die Familie“ wenn auch unter anderem Namen „Erfolgsfaktor Familie“ – fort. Ebenso wurde der weitere Ausbau der „Lokalen Bündnisse für Familie“ in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben.



## 6 Kinder brauchen Zeit

Gerade in ihren ersten Lebensjahren verlangen Kinder viel Aufmerksamkeit von ihren Eltern. Damit Väter und Mütter sich diese Aufgabe partnerschaftlich teilen können, haben wir bereits zum 1. Januar 2001 den Erziehungsurlaub zu einer flexiblen Elternzeit umgestaltet. Mütter und Väter können seitdem gemeinsam bis zu drei Jahre in Elternzeit gehen und gleichzeitig eine Teilzeittätigkeit ausüben oder sich untereinander bei Erziehung und Erwerbsarbeit abwechseln.

Dazu haben wir auch einen Rechtsanspruch auf Teilzeit im Rahmen von 15 bis 30 Wochenstunden eingeführt. Dieser Anspruch besteht in allen Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten. Lediglich dringende betriebliche Gründe können den Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit verhindern. Nun ist auch der Rückkehranspruch zur früheren Arbeitszeit nach Ende der Erziehungszeit gesetzlich festgeschrieben. Die zulässige Teil-

# 6

---

zeitarbeit während der Erziehungszeiten haben wir von 19 auf 30 Wochenstunden ausgeweitet. Bei einer gemeinsamen Elternzeit können beide zusammen 60 Wochenstunden arbeiten und so das Familieneinkommen besser als bisher absichern. Keiner ist mehr gezwungen, seine Erwerbstätigkeit zu unterbrechen und die Betreuung des Kindes kann trotzdem selbst übernommen werden.

Ein Jahr der Erziehungszeit kann mit Zustimmung des Arbeitgebers übertragen und zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes in Anspruch genommen werden. Denn auch zu Beginn der Schule ist es häufig notwendig, Kindern intensiver zur Seite zu stehen, damit der Schulstart erfolgreich gemeistert werden kann.

---

Vor allem für Väter erleichtert der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit die Beteiligung an den Erziehungsaufgaben. Gleichzeitig haben Frauen nun die Möglichkeit, durch eine Teilzeitbeschäftigung den Kontakt zum Beruf auch während der Elternzeit aufrecht zu erhalten. Damit haben wir den Wünschen vieler junger Eltern entsprochen und kommen auch den Betrieben entgegen, denn sie haben motiviertere Mitarbeiter und brauchen nicht längere Zeit auf ihre bewährten Fachkräfte zu verzichten.

## 7 Mehr Geld für Familien

Auch wenn Kinder das Leben noch so sehr bereichern, sie kosten Geld. Geld für Windeln, Lebensmittel, Kleidung, Freizeitaktivitäten, Spielzeug usw. Dazu kommen Kosten für Betreuungseinrichtungen, Schulbücher, außerschulische Sport- und Musikerziehung und vieles mehr.

Eine der ersten Maßnahmen sozialdemokratischer Familienpolitik war deshalb die schrittweise Erhöhung des Kindergeldes von damals 112 Euro. Heute beträgt das Kindergeld 154 Euro für das erste und zweite Kind im Monat. Das ist eine Erhöhung von 37 Prozent oder auch 42 Euro. Allein dadurch hat eine Familie mit zwei Kindern 1.008 Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als 1998. Seit 2005 zahlt – unter Berücksichtigung des Kindergelds – eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.650 Euro keine Steuern mehr.

---

Seit dem 1. 1. 2004 sichert ein neuer steuerlicher Freibetrag eine dauerhafte Entlastung für Alleinerziehende. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in Höhe von 1.308 Euro gilt für Mütter oder Väter, die mit ihrem Kind oder ihren Kindern allein in einem Haushalt leben. Er berücksichtigt den haushaltsbedingten Mehraufwand, den Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben, egal ob diese verheiratet oder unverheiratet zusammen leben. Mit dem neuen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, den Kindergelderhöhungen und dem 2002 eingeführten Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung werden die Belastungen weitgehend ausgeglichen, die dieser Gruppe durch den Wegfall des ehemaligen Haushaltsfreibetrags entstanden sind. Den Haushaltsfreibetrag hatte das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, er musste deshalb abgeschafft werden.

---

Kinderarmut zu verhindern ist eines unserer wichtigsten Anliegen, deshalb stellen wir Eltern, die mit ihren Einkünften zwar ihren eigenen Unterhalt finanzieren können, nicht aber den Unterhalt ihrer Kinder, seit dem 1. 1. 2005 den Kinderzuschlag zur Verfügung. Er beträgt bis zu 140 Euro pro Monat und Kind. Den Kinderzuschlag erhalten Geringverdienende, die ohne diese Unterstützung nur ihrer Kinder wegen auf Arbeitslosengeld II angewiesen wären. Wir wollen den Kinderzuschlag in dieser Legislaturperiode noch weiter verbessern, damit wollen wir noch mehr Kinder und Familien als bisher aus dem Bezug von ALG II herausholen.

### **Steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten**

Durch die verbesserte Förderung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten entlasten wir Familien finanziell

---

deutlich. Rückwirkend vom 1. Januar 2006 an können Alleinerziehende und Paare, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, nun ihre Betreuungsaufwendungen für Kinder im Alter von 0 bis 14 vom ersten Euro an bis hin zu einem Maximalbetrag von 6.000 Euro pro Kind zu zwei Dritteln steuerlich als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben geltend machen.

Paare, bei denen ein Elternteil erwerbstätig ist, können anfallende Kindergartenbeiträge für Kinder vom 3. bis zum 6. Lebensjahr ebenfalls vom ersten Euro an zu zwei Dritteln steuerlich (als Sonderausgaben) geltend machen. In diesem Alter besteht für die Kinder ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Für unter 14-jährige Kinder können Alleinverdiener-Eltern die Kosten für eine Kinderbetreuung im eigenen Haushalt (z. B. eine Kinderfrau) gemäß § 35 a EStG von der Steuerschuld absetzen. Die nachgewiesenen Kosten werden dabei für einen Minijob

(400-Euro-Job) im Haushalt zu 10 Prozent (max. 510 Euro / Jahr), für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu 12 Prozent (max. 2.400 Euro / Jahr) und für eine freie Dienstleistung (z. B. einer Dienstleistungsagentur) zu 20 Prozent (max. 600 Euro / Jahr), von der Steuerschuld abgezogen.

Mit dieser Neuregelung leisten wir im Rahmen unserer Zuständigkeit als Bundesgesetzgeber für viele junge Menschen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insgesamt kommt es ab 2006 zu einer jährlichen steuerlichen Entlastung von Familien in Höhe von 460 Millionen Euro.

Zusätzlich besteht für Familien die Möglichkeit, weitere haushaltsnahe Dienstleistungen, zum Beispiel für eine Raumpflegerin, steuerlich geltend zu machen.

## 8 Das Kind steht im Mittelpunkt

Kinder sind bei einer Trennung ihrer Eltern besonders schutzbedürftig, deshalb soll ihr Wohl künftig an erster Stelle stehen. Darum werden wir das Unterhaltsrecht entsprechend der veränderten Lebenswirklichkeit in den heutigen Familien reformieren.

Ist nicht genügend Geld für alle Unterhaltsberechtigten vorhanden, sollen die Kinder den ersten Rang unter den Unterhaltsgläubigern erhalten. Erst danach kommen die Ansprüche der Väter und Mütter, die Kinder betreuen – und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht. Damit soll auch die Zahl minderjähriger Sozialhilfeempfänger reduziert werden. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder soll in Anlehnung an den steuerlichen Freibetrag für das Existenzminimum eines Kindes (Kinderfreibetrag) gesetzlich definiert werden. Außerdem soll die Reform auch die naheheliche Eigenverantwortung

stärken. Angesichts der hohen Scheidungsquote müssen Geschiedene eine zweite Chance haben, eine Familie zu gründen und damit auch zu finanzieren.

Ebenso werden wir das Unterhaltsvorschussgesetz ändern. Wir wollen die bisherige Differenzierung bei der Höhe des vom Staat gezahlten Unterhaltsvorschuss für Kinder aufheben und eine bundeseinheitliche Regelung schaffen.



## 9 Familien beleben Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Die Betreuung von Kindern und die professionelle Unterstützung von Familien im Haushalt schaffen Arbeitsplätze. Diese Entwicklung hat das Tagesbetreuungsausbaugesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, entscheidend voran gebracht. Durch das ALG II werden die Kommunen finanziell entlastet. Diese Einsparungen sollen sie in den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren investieren. Zusätzlich erhöht die verbesserte Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten die Nachfrage nach Betreuungsplätzen durch die Eltern. Dadurch entstehen Arbeitsplätze für Erzieher und Erzieherinnen sowie neue Chancen für Arbeitssuchende.

Die Agenturen für Arbeit bzw. die Arbeitsgemeinschaften können die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit als Tagesmutter oder -vater fördern. Diese bekommen nachgewiesene Aufwendungen für eine Unfallversicherung ebenso erstattet wie die Hälfte der Kosten einer angemessenen Altersversicherung. Durch Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen konnte die damals SPD-geführte Bundesregierung einen verbesserten Krankenversicherungsschutz von Tagespflegepersonen durch Einbeziehung in die Familienversicherung oder – bei freiwilliger Versicherung – niedrigere einkommensgerechte Beiträge erreichen.

Außerdem unterstützt die steuerliche Absetzbarkeit von sogenannten haushaltsnahen Dienstleistungen die Entstehung von neuen Beschäftigungsverhältnissen für Geringqualifizierte und holt sie in vielen Fällen aus der Schwarzarbeit heraus.

---

Orte, die über eine familienfreundliche Infrastruktur verfügen ziehen junge Familien als neue Bewohner an und bringen Unternehmen dazu, am Standort zu investieren. Viele Kommunen haben dies erkannt und sind dabei ihre Angebote für Familien entsprechend auszubauen. Aber auch Unternehmen erkennen mehr und mehr die ökonomischen Vorteile einer familienfreundlichen Infrastruktur.

Kommunen mit bedarfsgerechten Betreuungsangeboten haben deshalb bessere Karten bei der Neuansiedlung von Unternehmen. Das führt zu höheren Steuereinnahmen im Kommunalhaushalt. Außerdem profitieren die Kommunen von der Entlastung der Sozialkassen, die auch durch eine bessere Integration von Eltern in den Arbeitsmarkt erreicht wird.

## 10 Wir bleiben am Ball

Unter dem Titel „Neue Akzente in der Familienpolitik“ haben SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung unserer Familienpolitik eingesetzt. Sie wird von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Nicolette Kressl und der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann geleitet.

Neben das Ziel einer ausreichenden materiellen Versorgung treten neue Ziele wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile sowie eine verstärkte frühkindliche Bildung. Beides ist nötig, wenn wir in Zukunft erfolgreich den Herausforderungen begegnen wollen, vor denen wir auf den Gebieten der Bildung, der Wirtschaft, der Integration aber auch der Demografie stehen.

---

Hierfür kommen verschiedene auch aktuell diskutierte Maßnahmen in Betracht wie z. B. eine Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz auf unter-dreijährige Kinder oder die Abschaffung der Elternbeiträge für Kitas, in die einige Länder ja bereits eingestiegen sind.

Wir werden diese und andere Maßnahmen prüfen, auch in Bezug auf die Möglichkeiten, sie durch Umschichtungen zu finanzieren. Bis zum Jahresende wollen wir erste Vorschläge für die nächsten Schritte in der Familienpolitik entwickeln. Dieser Weg entspricht auch den Empfehlungen des vor kurzem vorgelegten 7. Familienberichts der Bundesregierung. Der rät, eine nachhaltige Familienpolitik durch eine ausgewogenere Mischung von Geldleistungen, hochwertigen Betreuungsangeboten und einer familienfreundlicheren Arbeits- und Lebensumwelt anzustreben.

# 10

---

Um dies zu erreichen brauchen wir ein zielgerichtetes Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen – und natürlich die Unterstützung durch das Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

## **Impressum**

Herausgeberin:  
SPD-Bundestagsfraktion  
Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin  
Platz der Republik 1  
10557 Berlin

Text und Redaktion:  
Anja Linnekugel  
Ulf Meyer-Rix

Bezugsadresse:  
SPD-Bundestagsfraktion  
Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
10557 Berlin  
oder unter:  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Gesamtherstellung:  
Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn  
[pb.cicero@t-online.de](mailto:pb.cicero@t-online.de)

Fotos: F1 ONLINE (Titel); JOKER (9, 21, 28, 31, 36, 42, 48, 58)

Oktober 2006

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)